

# Stärkung des Rechts ist das Ziel in Afghanistan

## Bundestagsabgeordneter Lars Klingbeil bei der Schneverdinger SPD

ks Schneverdingen. „Afghanistan – wie geht es Weiter?“ war das zentrale Thema, mit dem sich die Schneverdinger SPD bei ihrer Mitgliederversammlung am Mittwoch befasste. Dazu hatten die Genossen den Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil aus Munster eingeladen, der Mitglied des Verteidigungs- und des Afghanistan-Untersuchungsausschusses ist.

Klingbeil räumte ein, selbst für die Mandatsverlängerung der Bundeswehr in dem islamischen Land gestimmt zu haben. „Dennoch will ich nicht verhehlen, dass die Zahl der Fragezeichen bei mir in den vergangenen Wochen zugenommen hat“, sagte er und begründete dies mit persönlicher Tragik, „wenn Leute betroffen sind, mit denen man Kontakt hat“. Er spielte damit auf die jüngsten Vorfälle an, bei denen insgesamt sieben deutsche Soldaten getötet wurden.

Klingbeil versuchte den Grund für den Einsatz und die vordringlichsten Aufgaben darzulegen. Es müsse darum gehen, nicht das Recht des Stärkeren durchzusetzen, sondern eine Stärkung des Rechts zu erzielen.

Seit der Militärintervention seien aber auch Erfolge erzielt worden. In einigen Regionen gäbe es „demokratieähnliche“ Zustände. Vor allem aber die Rechte der Frauen – die unter den Taliban nicht einmal eine Schule besuchen durften – seien gestärkt worden.

Als einen wesentlichen Rückschlag nannte Klingbeil die Verschlechterung der Sicherheitslage in der Kundus-Region. „Die Amerikaner haben den Fehler begangen, Truppen für den Irak-Angriff abzuziehen.“ Dadurch seien die Taliban wieder erstarkt. „Wir müssen aber auch begreifen“, so Klingbeil weiter, „dass wir Afghanistan nicht mit militärischen Mitteln gewinnen können.“ Wichtig sei deshalb vor allem ziviles Engagement, um die Bevölkerung des Landes zu überzeugen, dass eine Demokratie durchaus lebenswert sein könne.

In der anschließenden Diskussion ging es um die Sicherheit der deutschen Truppen in Afghanistan, um den Wandel in der öffentlichen Debatte und um die Frage der Herkunft der Waffen der Taliban.

Jusos berichten

Anschließend gaben die Jusos einen kurzen Überblick über ihre Aktivitäten in den ersten Monaten des Jahres mit Teilnahmen an der Anti-Nazi-Demo im Februar in Dresden und an der Kettenreaktion vor einer Woche zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel.

SPD-Ratsfraktionsvorsitzender Rolf Weinreich forderte unter anderem, beim geplanten Bahnhofsumbau eine Überquerung der Gleise zu ermöglichen.